

Deutsche Aktien (DAX):

31.12.2017 12.917,64 Punkte
30.06.2018 12.306,00 Punkte (-4,73%)

Noch läuft die deutsche Wirtschaft rund. Mit einem Rekord an neuen Aufträgen, die die Industrie für 6 Monate auslastete, startete man in 2018. In der Zwischenzeit hat die Zuversicht gelitten. Unter dem Eindruck drohender Handelskriege, die von unserem ehemaligen Verbündeten USA vom Zaun gebrochen werden, hat sich die Stimmung verschlechtert. Der IFO-Geschäftsklimaindex zeigte sich 5 Monate hintereinander schwächer. Die vor kurzem noch angehobenen Wachstumserwartungen von Bundesbank, Wirtschaftsverbänden und Forschungsinstituten wurden nun wieder einkassiert. In einer von der DZ Bank durchgeführten Mittelstandbefragung zeigte sich jedoch eine große Mehrheit der Unternehmer weiterhin optimistisch. Die globalen Megatrends Digitalisierung und niedrige Zinsen verhelfen zu Produktivitätssteigerungen, und ein wachsender Wohlstand in Schwellenländern zu einer stetigen Nachfrage nach Produkten aus „Made in Germany“. Unternehmensgewinne und Steuereinnahmen sprudeln weiter. Ein hoher Wettbewerbsdruck und nationale, europäische und globale Krisen bilden ein herausforderndes Umfeld für unternehmerische Tätigkeit. In einem gewissen Umfang kann ein solches Umfeld anregend und produktiv sein. Aber es gibt auch Schmerzgrenzen, die aktuell aus machtpolitischen Gründen (USA, Europa, Deutschland) getestet werden.



Zu den „unbeabsichtigten Folgen von beabsichtigten Handlungen“ (Friedrich von Hayek) der „America First“ Politik gehören unter anderem die Aufwertung des USD. Ein schwächerer Euro hebelt höhere US-Strafzölle aus und stärkt die europäische Wirtschaft. Frau Merkel verweist zu Recht darauf, dass die Handelsbilanzüberschüsse der deutschen Wirtschaft gegenüber USA nicht isoliert von der Dienstleistungs- und Investitionsbilanz

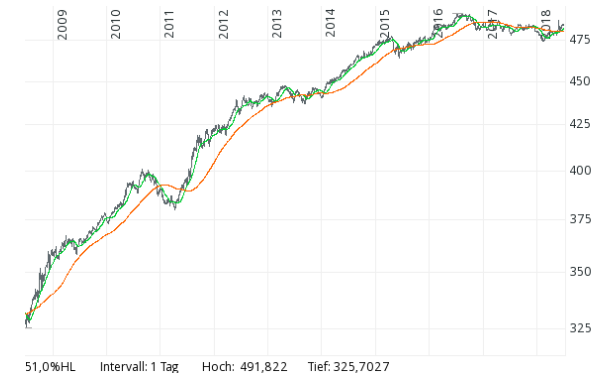
gesehen werden können. Auf der einen Seite erwirtschaften US-Dienstleistungsunternehmen wie Google und Amazon erhebliche (und in der Regel nur gering besteuerte) Gewinne in Europa, während auf der anderen Seite deutsche Unternehmen umfangreiche Investitionen in den USA tätigen.

Die Stimmungslage der Bundesbürger kontrastiert schon seit langem zur guten Wirtschaftslage. Der Pessimismus zeigt sich insbesondere in Umfragen unter deutschen Geldanlegern und Sparer. Befragt nach den Ertragserwartungen auf Sicht der kommenden 10 Jahre, werden Gold und Bargeld favorisiert. Aktien sind unter „Ferner liefen“, während immerhin noch 2% der Befragten bereit sind, Bitcoins Vertrauen zu schenken. Angesichts von Kursverlusten von mehr als 50% in 2018 erstaunt dies sehr. Laut einer Allensbach Umfrage sind die Ängste der Bundesbürger sehr ausgeprägt in Bezug auf Finanzkrise, Inflation und Wohnungseinbruch. Die Angst vor Überfremdung hat nachgelassen. Umso mehr erstaunt es, dass die CSU dieses Thema wieder mit Streitlust auf die Agenda gesetzt hat. Die 100 Tage Bilanz der neuen Regierung, die lange brauchte, um sich zu formieren, fällt unter diesen Umständen ernüchternd aus. Zunächst wurde Horst Seehofer nicht nur Innen- sondern auch Heimatminister. Die Debatte, ob der Islam zu Deutschland gehört, wurde vom neuen Heimatminister ebenso aufgewärmt, wie das Aufhängen von Kreuzen in bayrischen Amtstuben angeordnet. In der Flüchtlingsfrage zeigt sich der CSU Minister knallhart. Sollte es nicht zu einer europäischen Lösung kommen, die von der CSU unter Setzung eines Ultimatums akzeptiert werden könne, drohte er mit einem Ministererlass, der wiederum von der Richtlinienkompetenz der Kanzlerin rückgängig gemacht werden könnte. Die Große Koalition steht damit schon jetzt vor dem Aus, bevor sie überhaupt begonnen hat. Wer hätte gedacht, dass im wirtschaftlich stabilsten Land in Europa die Regierbarkeit zu einem ersten Problem werden könnte? Migration mag der Anlass ein, es geht aber offensichtlicher um Macht, Kanzlerin Merkel und damit um Europa. Hier geht es um Grundsätzliches, was nun aus billigen Gründen in Frage gestellt wird. Das Wirtschaftswunder nach dem Krieg basiert auf Deutschlands Westbindung, und sein festes Bekenntnis zu einem gemeinsamen Europa, basierend auf den Werten Kooperation und Solidarität. Darin waren sich sowohl SPD als auch CDU/CSU bisher einig. Nun scheint es eine Ironie des Schicksals zu sein, dass zum Zeitpunkt, wo Amerikaner ihre Bündnistreue zu Europa aus nationalistischen Gründen in Frage stellen und aufkündigen, auch das Projekt eines gemeinsamen Europas an der Bewährungsprobe Migrationkrise zu scheitern droht. Die Kanzlerin vermerkt in ihrer aktuellen Regierungskrise zurecht, dass man „entweder die Probleme bewältigt, oder niemand werde mehr an ein europäisches Wertesystem glauben.“ Die Kanzlerin wird in dieser Frage von einer großen Mehrheit der Bevölkerung und allen Wirtschaftsverbänden unterstützt. Die universelle Idee einer Vernunft ist das Ergebnis der europäischen Aufklärung. Sie konnte sich erst nach dem totalen Zusammenbruch nach zwei Weltkriegen durchsetzen. Religion und Nationalismus waren in der Vergangenheit – und sind es bisweilen auch heute noch - Gegenpole der Aufklärung. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Vernunft durchsetzt.

Deutsche Anleihen (REX- P):

31.12.2017 480,68 Punkte
30.06.2018 484,75 Punkte (+0,85%)

Stehen wir 10 Jahre nach der Finanzkrise vor der nächsten Schuldenkrise? Diese Frage wurde in den vergangenen Wochen häufiger gestellt. Es gibt in der Tat unschöne Trends. Laut einer McKinsey Studie ist die globale Gesamtverschuldung seit 2008 um 5,70% p.a. gewachsen. Schuldner sind zu 43% Staaten, 40% Unternehmen und 17% private Haushalte. Dank der niedrigen Zinsen – sie liegen nur noch bei einem Bruchteil im Vergleich zur Situation vor der Finanzkrise – hat sich die Schuldentragfähigkeit sogar verbessert. Im Unternehmenssektor gibt es jedoch eine zunehmende Anzahl von Firmen, die den Verlockungen des billigen Geldes nicht widerstehen konnten. Insbesondere Schuldner mit schlechter Bonität haben einen großen Schluck aus der Pulle genommen. Deren Schulden sind im Vergleichszeitraum um 400% angestiegen. Eine Rezession könnte hier zu Forderungsausfällen führen. Im Gegensatz zu 2008 liegen die Forderungen weniger bei Banken, sondern bei institutionellen und privaten Anlegern. Die Risiken sind damit breiter verteilt. Konservativen Anlegern wird weiterhin empfohlen, auf Aktien von Unternehmen zu setzen, deren Bilanzen geringe Verschuldungsquoten aufweisen.



Das Staatsschuldenwachstum in Europa ist dank der noch gültigen Maastricht-Kriterien im internationalen Vergleich am geringsten. In USA und Japan wachsen die Schulden mit doppelt hoher Geschwindigkeit. In Europa liegen bereits 20% der Staatsschulden bei der Notenbank, in Japan sind es 50% und in Amerika sind es 13%. Mit Hilfe der US-Notenbank Fed könnte Donald Trump noch weitere Schecks ausstellen. Wo sind nun die Grenzen der Schuldentürme? Ist Japan der erste Kandidat bei dem Schulden einfach als Buchungsposten bei der Notenbank, „auf Eis gelegt“

werden? Gläubiger und Schuldner sind in Japan – abgesehen davon, dass es unterschiedliche japanische Institutionen sind – schließlich gleich. Um ein solches Verfahren durchzuziehen, bedarf es Einigkeit der Beteiligten. In Japan könnte diese herstellbar sein, da die Staatsschulden überwiegend in inländischen Händen liegen. Die Amerikaner mit ihrer globalen Leitwährung USD - die sich überwiegend im Ausland verschulden - könnten ihre wirtschaftliche, politische und notfalls auch militärische Macht ausspielen. Die starke Stellung der politischen und geldpolitischen Zentralmacht in Washington hat den Amerikanern bereits in der Finanzkrise große Vorteile verschafft, auf die sie auch in Zukunft setzen könnten. Im Vergleich zu Amerika ist Europa ohne eine Zentralmacht im Nachteil. Es kann sich eigentlich ohne Probleme dank seiner Überschüsse im Handel und einer soliden Haushaltsführung selbst finanzieren. Ohne eine politische und wirtschaftliche Einigung auf der Basis eines starken Euros, wird aber Europa über die Rolle als Spielball der Mächte nicht hinauskommen.

Europäische Aktien (Euro-Stoxx 50):

31.12.2017 3.503,96 Punkte
30.06.2018 3.395,60 Punkte (-3,09%)

Hinter Europa liegen stürmische Wochen. Nach der Quasi-Aufkündigung der transatlantischen Partnerschaft durch Präsident Trump und dem Eklat beim G-7 Treffen in Kanada schien es zunächst nicht so, dass die Europäer gewillt sind, die Reihen zu schließen. In Italien brachten die Wahlen ein Europa skeptisches Bündnis von Lega Nord und 5-Sterne-Bewegung an die Macht. Der italienische Präsident Mattarella verhinderte die Bestellung eines euroskeptischen Finanzministers. Erst in letzter Minute einigten sich die designierten Regierungsparteien auf den neutralen Giuseppe Conte als neuen Ministerpräsidenten. In der Zwischenzeit erinnerten steigende Renditeaufschläge für italienische Staatsanleihen an die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa. Der Druck der Kapitalmärkte war offensichtlich heilsam und trug dazu bei, einen Kompromiss zu finden. Der gemäßigte neue Ministerpräsident Conte genießt das Vertrauen der Italiener und spielte beim jüngsten EU-Flüchtlingsgipfel eine wichtige Rolle. Unterstützt von Griechenland und Spanien forderte er eine Revision des geltenden Dublin Abkommens aus dem Jahr 2003, dass die Südländer bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise benachteiligen. Insbesondere die Visegrad Staaten Polen, Tschechien, Ungarn und Slowenien mit der Unterstützung von Österreich und zuletzt von Bayern, plädierten für eine konsequente Rückführung von Flüchtlingen gemäß Dublin Abkommen in die Mittelmeeranrainerstaaten. Ein Schulterschluss Italiens, Spaniens und Griechenlands mit der Achse Frankreich und Deutschland führte zum Verhandlungserfolg. Es bleibt zu hoffen, dass das bessere Verhältnis nun auch auf andere politische und wirtschaftliche Bereiche übertragen werden kann. Insgesamt sind die politischen Gräben in Europa durch das Vorbrechen von Österreich und Bayern nicht geringer geworden. Damit besteht weiterhin die Gefahr, dass neonationale Kräfte wie in England, USA oder in der Türkei auch in Europa die politische

Agenda bestimmen. Wegen des deutschen Regierungsvakuums seit den Wahlen in 2017 blieben angekündigte EU-Reformvorschläge von Macron und Merkel hinter den Erwartungen zurück. Bundesbankpräsident und EZB-Mitglied Weidmann, der als Nachfolgekandidat von EZB-Chef Draghi gehandelt wird, sprach sich für eine starke Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland aus. Der neue spanische Ministerpräsident Sanchez könnte den festgefahrenen Katalonien-Dialog wieder in Gang bringen, und damit zur Entspannung der noch zahlreichen europäischen Probleme beitragen.



Das Thema „Kosten der Griechenland-Rettung“ wurde wieder einmal, wie in den letzten 8 Jahren häufiger, prominent auf die Agenda gesetzt. Der deutsche Anteil an den Notkrediten für Griechenland liegt bei 52 Mrd. Man hat sich auf europäischer Ebene auf günstige Zinsen und eine gestreckte Rückzahlung geeinigt. Auch über einen teilweisen Schuldenverzicht bei nachhaltigen Reformen wird diskutiert. Darüber sind deutsche Zeitungsleser und Fernsehzuschauer angesichts der Berichterstattung permanent besorgt. Dabei sind die Gelder, die wir in der Not an europäische Länder ausgeliehen haben, gut investiert. Die Dividenden sich reichlich. Portugal und Irland gelten als Reformvorbilder und stehen schon lange wieder auf den eigenen Füßen. Spanien und Italien bleiben Sorgenkinder, profitieren aber in der Zwischenzeit auch von den angestoßenen Reformen. Die deutschen Steuereinnahmen sind von 2008 bis 2017 von 561 Mrd. auf 734 Mrd. Euro gestiegen. Für 2018 wird ein Steueraufkommen von 775 Mrd. erwartet. Dies sind gut 200 Mrd. mehr als in 2008. Interessanter und aufklärer wäre für die Bevölkerung eine Berichterstattung und Erinnerung an die Kosten zur Rettung deutscher Banken, die aus Steuermitteln unmittelbar - und im Gegensatz zu den Griechen gewährten Krediten als uneinbringlich verbucht wurden. Ein Rettungsschirm aus Bundesmitteln über 400 Mrd. Euro wurde im Jahr 2008 über die deutsche Bankenlandschaft gespannt. Die Verluste bis 2015 beliefen sich auf 50 Mrd. Euro. Sollte die unter immensen Druck stehende Deutsche Bank einen staatlichen Rettungsschirm benötigen, dann wird über weitaus höhere Summen zu verhandeln sein.

Je nach dem, wie sich die Dinge entwickeln, könnte es sinnvoll sein, den deutschen Steuerzahler darauf vorzubereiten. Mir ist bewusst, dass dies ein sensibles Thema ist. Wir sollten aber zumindest darauf verzichten, jene Themen - wie Notkredite an EU-Länder - weiterhin unsensibel zu behandeln.

Euro versus USD

31.12.2017 1,1994 USD
30.06.2018 1,1683 USD (-2,61%)

Der Euro war in den letzten Wochen sehr schwach. Die Regierungskrisen in Spanien, Italien und sogar mit zunehmender Intensität auch in Deutschland, sind nicht dazu geeignet, neues Vertrauen in die Gemeinschaftswährung zu erzeugen. Auf der anderen Seite des Atlantiks feuert Trump tägliche Salven von Beschimpfungen, Drohungen, Strafzöllen und Sanktionandrohungen per Twitter in die Welt.



Da in Krisenzeiten die US-Währung Dollar als sicherer Hafen angelaufen wird, wurde der USD das Ziel einer steigenden Nachfrage. Haben das Donald Trump und seine Wirtschaftsberater auch bedacht? Die Aufwertung des USD begünstigt ausländische, und benachteiligt amerikanische Produkte auf dem Weltmarkt. Die von Trump verhängten Zölle laufen damit ins Leere. Die Rechnungen bezahlen die amerikanischen Verbraucher in USD einschließlich der Strafzölle, die in den Exportpreisen enthalten sind. Wie lange lässt sich eine solche den Interessen der Amerikaner zuwiderlaufende Wirtschaftspolitik verkaufen? Zusätzlich befeuert der „Trumpismus“ die Wirtschaft aus vollen Kanonen, gräbt Schuldenlöcher, senkt Steuern, Kredit- und Umweltstandards. Eine zum Schein boomende Wirtschaft führt zu höheren Zinsen. Für zweijährige US Staatsanleihen erhalten Anleger 2,5%. Dies ist kein schlechtes Geschäft. Die Unsicherheit, die von Präsident Trump selbst erzeugt wird, fällt ihm dank der

globalen Leitwährung USD und der relativ hohen Verzinsung nun auf die Füße. Zinsempfänger sind überwiegend ausländische Investoren. „America First“ treibt farbenfrohe Blüten.

Amerikanische Aktien (S&P 500 Index)

31.12.2017 2.673,61 Punkte
30.06.2018 2.718,37 Punkte (+1,67% //+4,28% in Euro)

Die täglich aufgeführte „Ein Mann Show“ von Donald Trump läuft weiter - mit wieder zunehmendem Applaus seiner treuen Fangemeinde. Sein gebetsmühlenartig vorgetragener Glaube, dass Amerika in der Vergangenheit unter der Mithilfe seiner schwachen Präsidenten systematisch ausgeplündert werden konnte, verfängt sich in den Köpfen vieler US Bürger. In diesen Kreisen wird er als Lichtgestalt wahrgenommen.



Er brüskiert die G 6 (7 minus 1) Teilnehmer, verabschiedet die USA aus dem UN Menschenrechtsrat und kündigt einseitig das Iran-Atomabkommen. Wenn er mit China und demnächst mit Russland verhandelt, geht es - nie interessenkonfliktfrei - auch um eigene Geschäfte. In Indonesien baut er mit chinesischen Firmen Hotels und Golfplätze. Dabei geht es um Kreditvolumina jenseits von 100 Mio. USD durch chinesische Banken. Die Geschäftsverflechtungen mit Russland sind ebenso langjährig wie zweifelhaft. Bei dem dann doch stattgefundenen Treffen mit dem nordkoreanischen Diktator Kim, lässt er am Ende der Verhandlungen seine Leute einen Werbetrailer über den Bau von „Spitzenhotels“ an nordkoreanischen Stränden zeigen – alles live per Twitter kommuniziert. Ich frage mich, wie es möglich ist, dass ein solcher offensichtlich persönlich und fachlich gänzlich ungeeigneter Kandidat, Präsident der Vereinigten Staaten werden konnte. Wie schafft es, ein in diversen Sexskandalen verwickelter Präsident, die höchste Zustimmung bei evangelikalen Christen zu gewinnen? Mein philosophisch begründeter Glaube an die Absurdität menschlichen Verhaltens erhält damit neue Nahrung. Gleichzeitig schützt er mich vor der Gefahr unsinniger Denkanstrengungen, Unerklärbares erklärbar machen zu wollen. Vordergründig läuft die US-Wirtschaft gut. 70% der US-Wirtschaft werden vom Konsum getragen. Die Wachstumsraten der

Verbraucher Kredite liegen bei 7% im Jahr. Die öffentliche Hand verschuldet sich neu mit 5,5% pro Jahr. Das damit erzeugte Wachstum liegt bei 2,5%. Aufwand und Ertrag laufen gerade unter dem Unternehmerpräsident Trump aus dem Ruder. Der Steueranteil am Bruttosozialprodukt sinkt nach der großzügigen Steuerreform auf Rekordtiefe 17%. Es zeigen sich immer größere wirtschaftliche Nachteile seiner „America First“ Politik. Die Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen sind in 2017 um 36% gesunken. Die wichtige Tourismusbranche verzeichnet Einbrüche von 25%. Die Aufwertung des USD subventioniert ausländische Exporte in die USA. Strafzölle werden dadurch neutralisiert. US-Wirtschaftsverbände kalkulieren die inflationären Effekte durch Zölle auf 46 Mrd. USD im Jahr, die von US-Bürgern zu tragen sind. Selbst uramerikanische Firmen wie Harley Davidson beabsichtigen Teile ihrer Produktion ins Ausland zu verlegen. Trump reagierte wütend auf Twitter. Noch befindet sich das amerikanische Verbrauchervertrauen auf Rekordwerten. Amerikanische Kleinanleger sind schon deutlich vorsichtiger geworden. Der Trump-Rally an den Börsen drohen Rückschläge. Der Zinsabstand zwischen kurz- und langfristigen US Zinsen ist bedenklich klein geworden. Sicherheit zuerst – bei 2,50% Zinsen für 2-jährige Anleihen. Hier scheint das Vertrauen in die Wirtschaftskünste von Präsident Trump als Erstes zu schwinden. Wer Augen und Ohren offen hält sieht, dass „Safty First“ statt „America First“ die neue Losung lauten könnte. Der Druck der Kapitalmärkte wird auch vor Donald Trump nicht Halt machen. Weitere 180 Grad–Trump–Kehrtwendungen sind jederzeit möglich.

Japanische Aktien (Nikkei-Index)

31.12.2017 22.847,05 Punkte
30.06.2018 22.304,51 Punkte (-2,37%)



Die alten Probleme bleiben auf der Agenda. Überalterung, mangelnde Öffnung und eine wachsende Staatsverschuldung bei hohen privaten Vermögensständen sind die gesellschaftlichen Problemstellungen. Dabei wundert es nicht, dass das zarte

Wachstumspflänzchen im ersten Quartal wieder unter die Räder gekommen ist (- 0,1% im 1. Quartal 2018). Im Handelsstreit mit Amerika steht Japan offensichtlich nicht in vorderster Front. Federführend beim neuen asiatisch-pazifischen Handelsabkommen ohne USA, konnte Japan Reputationsgewinne verbuchen. Eine Annäherung an China scheint auch möglich. Ein seit 8 Jahren unterbrochener Handelsdialog mit China wurde wieder aufgenommen. Der Anstieg wirtschaftlicher Erwartungsindikatoren im Juni überrascht daher weniger. „Die unbeabsichtigten Folgen beabsichtigter Handlungen“ haben einen weiten Wirkungsradius. „America First“ entfaltet sich nun offensichtlich auch in Teilen Asiens.

Aktien Schwellenländer

31.12.2017 133.101,89 Punkte
30.06.2018 129.552,13 Punkte (-2,67% // -0,06% Euro)



Zu den Fakten: In Schwellenländern leben mittlerweile 80 % der Weltbevölkerung. Sie stehen für 66% der globalen Wirtschaftsleistung. In 1990 waren erst 20%. Im Jahr 1981 lebten 44% der Weltbevölkerung in Armut. Heute sind es nur noch 10%. Die Globalisierung hat auch positive Seiten. Nur in Afrika stagnieren die Armutsquoten auf hohen Niveaus. Dies ist auch eine der Ursachen des Migrationdrucks auf Europa. Trotz der guten Erfolge stehen viele Schwellenländer noch auf wackeligen Füßen. Mit der Aufwertung des USD und dem Zinsanstieg in USA geraten jene Länder unter Druck, die sich in USD verschuldet haben. Argentinien ist ein aktuelles Beispiel dafür. Selbst China mit seinem Exportmodell ist gegenüber der US-Politik nicht unverwundbar. Dies scheint Donald Trump in seiner Verhandlungsführung mit den Chinesen als Trumpf auszuspielen zu wollen. Die bisher vorliegenden Angebote scheinen ihn nicht befriedigen zu wollen. Die zunächst

erfolgreichen Gespräche mit Nordkoreas Präsident Kim werfen Fragen nach der Vormachtstellung in der Region auf, und könnten für weiteren Konfliktstoff im chinesisch-amerikanischen Verhältnis sorgen.

Rohstoffe, Energie & Gold

31.12.2017 1.302,54 USD
30.06.2018 1.252,70 USD (-3,83% // --1,18% in Euro)

Auch die Rohstoff- und insbesondere die Ölmärkte spüren die Auswirkungen der US-Handelspolitik. Harte Sanktionsandrohungen gegen Venezuela und Iran, einschließlich gegen die Länder, die noch im Geschäft bleiben wollen, haben den Ölpreis weiter ansteigen lassen. Trump möchte, dass die von Saudi Arabien dominierte Gemeinschaft Erdöl exportierender Länder (OPEC) die Lieferausfälle durch höhere Förderquoten ausgleicht. Auch hier sind Konflikte vorprogrammiert. Die gegen Kanada erhobenen Schutzzölle auf Aluminium und Bauholz führten zu höheren Preisen, die in erster Linie US-Verbraucher treffen. Insgesamt verläuft die Preisentwicklung bei den meisten Rohstoffen in ruhigen Bahnen. Kupfer als wichtigstes Industriemetall kommt nicht so recht vom Fleck. Die weltweite Nachfrage nach Rohstoffen ist eher verhalten und spiegelt keinen Preis treibenden wirtschaftlichen globalen Boom wider. Dies wird auch durch die schwächere Entwicklung des Goldpreises deutlich, der als Inflationsindikator gilt. Im Angesicht der scheinbar größer werdenden globalen Krisenherde verwundert die schwächere Nachfrage nach dem gelben Metall, die auf den niedrigsten Stand seit 2008 gesunken ist. Gibt es Erklärungsmodelle hierfür? Ist unsere Wahrnehmung der Krisen falsch, oder ist der Goldmarkt nach 10 Jahren Dauerkrise einfach nur gesättigt und erschöpft, oder handelt es sich hierbei um ein weiteres unerklärliches Phänomen?



Innovation und Technik

- ❖ Dubai setzt auf 3-D-Strategie. Die Fertigungspreise liegen um 80% niedriger als bei herkömmlicher Herstellung. Selbst Häuser können künftig im Druckverfahren gebaut werden. Dabei ersetzt ein umweltfreundlicher Kunststoff den Klimakiller Zement.
- ❖ Facebook nutzt künstliche Intelligenz-Werkzeuge, um Beiträge mit zweifelhaften Inhalten in zu löschen.
- ❖ Bosch entwickelt einen Dieselmotor mit 13 Milligramm Stickoxid Emission. Die heutigen Grenzwerte liegen bei 80 Milligramm.
- ❖ Google Dublex: Das Sprachprogramm ermöglicht eine täuschend echte Kommunikation mit einem Computer.
- ❖ I Carbon X: Der Anbieter aus China entwickelt eine Gesundheits-App, für die Blut- und Urinproben reichen, um ein persönliches Risiko- und Präventionsprofil zu erstellen. Bei ihrem Besuch in China besuchte Kanzlerin Merkel das Unternehmen.
- ❖ „Vertical Farming“ heißt der neue Trend in der Landwirtschaft. In Hochhäusern werden Platz sparend Pflanzen angebaut. Künstliche Intelligenz steuert den Bedarf an Licht, Düngung und Wasser. Der Wasserbedarf wird durch die neue Technik auf einen Bruchteil des konventionellen Verbrauchs gesenkt.
- ❖ Die Schraubenfirma Würth betreibt in Schwaben einen 24/7 geöffneten digitalen Einkaufshop, der registrierten Kunden einen Einkauf rund um die Uhr ermöglicht.

Zitatesammlung:

„Mach dich bereit Russland, denn die Raketen werden kommen, schön und neu und smart.“

12.04.2018 Donald Trump auf Twitter

„Bitcoins sind wohlmöglich Rattengift im Quadrat.“

17.05.2018 Warren Buffet auf der Hauptversammlung von Berkshire Hathaway

„Das sind keine Menschen. Das sind Tiere.“

17.05.2018 Donald Trump über Migranten vor Journalisten im Weißen Haus

„Nordkorea hat ein brillantes Potenzial und wird eines Tages eine große Wirtschafts- und Finanzmacht sein. Kim Jon-un stimmt mit mir überein. Es wird geschehen.“

29.05.2018 Donald Trump in Korea

„Wir sind das Sparschwein, dass jeder plündert. Und das hört jetzt auf.“

11.06.2018 Donald Trump auf Twitter nach dem G 7 Treffen

„Die EU ist brutal zu Amerika. Und sie wissen es. Wenn ich es ihnen sage, lächeln sie mich an. Die Show ist vorbei“

11.06.2018 Donald Trump auf Twitter nach dem G 7 Treffen

„Für Politiker wie Trudeau gebe es einen besonderen Platz in der Hölle.“

13.06.2018 Peter Navarro, US Berater, nach dem G 7 Treffen

„Nordkorea verfügt über großartige Strände, an denen man Spitzenhotels und Häuser bauen könnte. Wir haben es am Ende der Verhandlungen auf dem I-Pad gezeigt.“

13.06.2018 Donald Trump auf Twitter nach dem Treffen mit Kim

„Der UN Menschenrechtsrat ist eine Jauchegrube der politischen Voreingenommenheit.“

14.03.2018 Nikki Haley, US-UN Botschafterin in New York

Redaktion:

Michael Scheidgen
private finance e.K.
Stefan Andres Straße 23
56567 Neuwied
Telefon 02631/95390

Impressum:

Es handelt sich um die Wiedergabe der persönlichen Meinung des Autors. Trotz sorgfältiger Recherche, kann für die Richtigkeit der Informationen keine Gewähr übernommen werden. Aus dem Inhalt können keine Anlageempfehlungen abgeleitet werden. Diese können nur auf der Basis einer individuellen Beratung erfolgen.

Neuwied, 30.06.2018